

George Lakoff/
Elisabeth Wehling

Auf leisen Sohlen ins Gehirn

Politische Sprache und
ihre heimliche Macht

Vierte, um ein aktuelles Nachwort
ergänzte Auflage, 2016

Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats des Carl-Auer Verlags:

Prof. Dr. Rolf Arnold (Kaiserslautern)
Prof. Dr. Dirk Baecker (Friedrichshafen)
Prof. Dr. Ulrich Clement (Heidelberg)
Prof. Dr. Jörg Fengler (Köln)
Dr. Barbara Heitger (Wien)
Prof. Dr. Johannes Herwig-Lempp (Merseburg)
Prof. Dr. Bruno Hildenbrand (Jena)
Prof. Dr. Karl L. Holtz (Heidelberg)
Prof. Dr. Heiko Kleve (Potsdam)
Dr. Roswita Königswieser (Wien)
Prof. Dr. Jürgen Kriz (Osnabrück)
Prof. Dr. Friedebert Kröger (Heidelberg)
Tom Levold (Köln)
Dr. Kurt Ludewig (Münster)
Dr. Burkhard Peter (München)
Prof. Dr. Bernhard Pörksen (Tübingen)
Prof. Dr. Kersten Reich (Köln)

Prof. Dr. Wolf Ritscher (Esslingen)
Dr. Wilhelm Rothaus (Bergheim bei Köln)
Prof. Dr. Arist von Schlippe (Witten/Herdecke)
Dr. Gunther Schmidt (Heidelberg)
Prof. Dr. Siegfried J. Schmidt (Münster)
Jakob R. Schneider (München)
Prof. Dr. Jochen Schweitzer (Heidelberg)
Prof. Dr. Fritz B. Simon (Berlin)
Dr. Therese Steiner (Embrach)
Prof. Dr. Dr. Helm Stierlin (Heidelberg)
Karsten Trebesch (Berlin)
Bernhard Trenkle (Rottweil)
Prof. Dr. Sigrid Tschöpe-Scheffler (Köln)
Prof. Dr. Reinhard Voß (Koblenz)
Dr. Gunthard Weber (Wiesloch)
Prof. Dr. Rudolf Wimmer (Wien)
Prof. Dr. Michael Wirsching (Freiburg)

Themenreihe »Systemische Horizonte«,
hrsg. von Bernhard Pörksen
Umschlaggestaltung: Uwe Göbel
Satz: Drißner-Design u. DTP, Meßstetten
Printed in Germany
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck



Vierte, um ein aktuelles Nachwort ergänzte Auflage, 2016
ISBN 978-3-8497-0141-3
© 2008, 2016 Carl-Auer-Systeme Verlag
und Verlagsbuchhandlung GmbH, Heidelberg
Alle Rechte vorbehalten
© 2007 George Lakoff und Eva Elisabeth Wehling

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

eBookausgabe: ISBN 978-3-8497-8018-0

Informationen zu unserem gesamten Programm, unseren Autoren
und zum Verlag finden Sie unter: www.carl-auer.de.

Wenn Sie Interesse an unseren monatlichen Nachrichten aus der Vangerowstraße haben,
können Sie unter <http://www.carl-auer.de/newsletter> den Newsletter abonnieren.

Carl-Auer Verlag GmbH
Vangerowstraße 14
69115 Heidelberg
Tel. +49 6221 6438-0
Fax +49 6221 6438-22
info@carl-auer.de

Nachwort

Im Sommer 2007 suchte ich wegen eines Visums die US-Botschaft in Berlin auf. Dort hängt im Warteraum ein Poster, das zwei Fotos zeigt: das Pentagon und die Zwillingstürme des World Trade Center nach den Einschlägen der Flugzeuge am 11. September 2001. Darüber steht in roten Großbuchstaben »WORK OF EVIL«.

Auch wenn wir von einer derart plakativen »Gut-Böse«-Inszenierung in Deutschland noch weit entfernt sind, kann man doch auch bei uns allmählich einen politisch-medialen Trend hin zu einer vereinfachenden, wenig differenzierenden Betrachtungsweise der Geschehnisse in der Welt beobachten. Wie steht es also um die politische Berichterstattung in den deutschen Medien? Sind deutsche Journalisten immun gegenüber den Sprachschöpfungen der US-Kommunikationsstrategen?

Eine kurze Online-Recherche zeigt: Die Metapher vom »Krieg gegen den Terror« ist auch heute noch in der deutschen Berichterstattung allgegenwärtig. Im *Spiegel* (»Im Vorfeld des Bösen«, Heft 28/2007) heißt es beispielsweise: »Kann man jemanden, der nichts getan hat, jedenfalls nichts Strafbares, vorbeugend wegsperren? [...] auf Jahre, so lange, bis der Krieg gegen den Terror vorüber ist?« Es wird sogar explizit ausformuliert: »bis der Krieg vorüber ist«, das heißt anhaltender globaler Kriegszustand bis zum Ende, dem Kriegsende, gedanklich definiert als Sieg über den Feind.

Auch die Begriffe »Terrorjäger« oder »Jagd auf Terroristen« werden viel genutzt, so wieder in der jüngsten Debatte über die Gesetzgebungsinitiativen der deutschen Bundesregierung zur inneren Sicherheit. Wer oder, besser gesagt, was wird gejagt?

Der Arm der US-Politikstrategen ist lang, er reicht über den Ozean hinweg.

Nun gut, vielleicht wird unser politisches Denken hier ein wenig »US-amerikanisiert«, möglicherweise im Sinne der konservativen USA, aber in Deutschland ist dennoch alles anders – so zumindest unser Selbstbild, auch das vieler deutscher Journalisten. Politische Kommunikation in den USA und in Deutschland, dazwischen liegen

noch Welten. Sicherlich, unsere Wahlkämpfe richten sich zunehmend an den Wahlkampf in den USA aus – siehe zum Beispiel »der Kandidat als Mensch«. Aber im Großen und Ganzen sind schlichte und leicht zu durchschauende Politikinszenierungen dann doch nicht unsere Sache. Sind wir nicht, schon unter dem Eindruck unserer leidvollen Geschichte, noch wenig empfänglich für politische Inszenierungen? Sehen wir die Dinge nicht objektiver, rationaler? Folgen wir in unseren Debatten und Urteilen nicht der Vernunft?

Gibt es vielleicht ein kognitives Schlupfloch, durch das uns politische Fakten, an den angebotenen Frames vorbei, erreichen?

Inwieweit lassen sich also die Erkenntnisse über das politische Framing und eine mehr oder weniger unreflektierte Berichterstattung auf die politischen Debatten in Deutschland übertragen?

Die Debatte über innere Sicherheit: Nehmen wir den Begriff »Gefährder«, der heute zunehmend in der Debatte über die polizeiliche Überwachung mutmaßlich potentieller politisch motivierter Straftäter auftaucht. Wenn es einen Gefährder gibt, dann gibt es Gefährdete, nämlich uns, die einer latenten Bedrohungslage ausgesetzt sind. Die Gefährder sind die anderen – Menschen eben, die uns gefährden. Die Gesetzesänderungen zielen also nicht auf uns, sie trafen die »anderen«, und dies zu Recht. Das ist eindeutig ein Issue Defining Frame. Und der Umstand, dass es dabei auch um Eingriffe in die grundrechtlich gewährleisteten Freiheitsrechte der Bürger geht, ist nicht Teil des Frames.

Nicht ohne Grund spricht der deutsche Bundesminister des Inneren, Wolfgang Schäuble, also von »Gefährdern«, wenn er den Vorschlag einer Internierung mutmaßlich potentieller Terroristen in den Raum stellt. Wie viel Kalkül dahintersteckt, ist schwer zu beurteilen. Möglicherweise handelt er nur so, wie Menschen eben handeln: Er spricht in einem Frame, der seinem politischen Common Sense, seiner eigenen gedanklichen Realität, entspricht.

Die Migrationsdebatte: »Das Boot ist voll!« hörten wir noch vor Kurzem in der Debatte über die Zuwanderung von Ausländern. Welche Vorstellungen erweckte die Metapher von der *Nation* als *Boot* in uns? Ein Boot ist in seiner Fläche begrenzt. Der Raum in Deutschland ist begrenzt, zwar nicht in dem Sinne, dass wir uns gegenseitig bald auf die Füße träten. Physischer Platz steht in diesem Denkkonzept für

die Ressourcen, die uns in Deutschland zur Verfügung stehen – Geld, Bildung, Arbeitsplätze: nationale Ressourcen als Raum.

Die Nation als Boot steht kurz vor dem Untergang. Darum geht es hier. Wenn das Boot voll ist und wir dennoch mehr Menschen an Bord nähmen, würde das Boot sinken – unsere Nation metaphorisch untergehen. Für die Insassen des Bootes eine lebensbedrohliche Situation. Ist es da nicht – zumindest – gerechtfertigt, die eigene Haut zu retten? Immerhin ist es ja noch unser Boot.

Die Debatte über den Umweltschutz: Wie steht es mit dem Begriff »globale Erwärmung«? Erwärmung, das ist irgendwie durchaus angenehm – warmer Frühling, warmes Bad. Es ist zumindest nichts, was uns Angst machen müsste, anders vielleicht eine globale Überhitzung?

Der genereller gefasste Begriff »Klimawandel« wird dem Anliegen wissenschaftlicher Neutralität gerecht. Der Frame Wandel ist tatsächlich gänzlich wertneutral. Wandel bedeutet zunächst einmal nichts weiter als die Veränderung eines Ist-Zustandes. Der Frame beinhaltet nicht die kontrastierenden Vorstellungen von Verschlechterung oder Verbesserung, erfordert keinen akuten Handlungsbedarf – ein gedankliches Neutrum. Das Wort »Klimakrise« würde einen der Entwicklung gerechter werdenden Frame aktivieren: nicht nur Wandel, sondern drastische Verschlechterung und damit unbedingter Handlungsbedarf!

Die Beispiele zeigen, auch bei uns gibt es – natürlich – politisches Framing durch Sprache. Welche Weltsichten stehen also hinter diesen Frames? Sind unsere Vorstellungen von politischer Moral denen in den USA vergleichbar? Gibt es auch bei uns eine politische *Strenger-Vater-* und *Fürsorgliche-Eltern-Moral*? Oder gilt in Deutschland nicht eher ein »Mittelding« zwischen beidem? Definieren sich nicht die beiden großen Parteien Deutschlands jeweils als »Partei der Mitte«?

Im Wahlkampf bekommen die politischen Vorstellungen dieser Parteien mehr Kontur. Dann geht es darum – sachte, denn man will ja »die Mitte« nicht verschrecken –, Unterschiede deutlich zu machen in dem, was als moralische Politik verstanden wird. Wenn es also darum geht, eine der »Parteien der Mitte« zu wählen, ganz abgesehen von den »links« und »rechts« neben ihnen stehenden Parteien, entscheiden dann nicht die Wähler nach ihrem politischen Moralempfinden, ihrer jeweiligen Weltsicht?

Da auch wir unseren Staat als Familie begreifen, bleibt konsequenterweise zu überlegen, welche Metaphern unser Denken über Familienmoral strukturieren, welche politische Moral und welche Weltsicht sich für uns daraus ergeben.

Aufschluss darüber können wir gewinnen, indem wir uns Rechenschaft über unser eigenes alltägliches Denken und Handeln ablegen, indem wir uns die Frage stellen: »Wie treten wir unserer Familie, unseren Freunden, den Menschen an unserem Arbeitsplatz, in der Schule, unserem Universitätsseminar oder auf der Straße entgegen?«

Haben Sie eine Antwort auf die Frage: »Wenn dein Baby nachts schreit, nimmst du es hoch?«? Vielleicht gibt die Antwort Ihnen den Blick frei auf eine Moral, deren Sie sich bisher nicht bewusst waren, auf ein System von Metaphern, das schon lange Ihr Denken, Sprechen und Handeln bestimmt – nicht nur in politischer Hinsicht.

*Elisabeth Wehling
Berkeley, im August 2007*

Nachwort zur zweiten Auflage

»Worte sind keine Taten«, versuchte Hillary Clinton noch während des demokratischen US-Vorwahlkampfes 2007 die Redeerfolge Barack Obamas zu relativieren. Medien bezeichneten die Sprache Obamas wechselweise als »durchsichtige Hoffnungs-Rhetorik«, als »nicht viel mehr als schnittige Wahlslogans« oder auch als »aus Mangel an Ideen geborene Schlachtrufe«. Tatsache ist: Wer die richtigen Worte findet, der ist sich seiner politischen Ideen bewusst, und erkennt einen Weg, sie über Sprache mit anderen zu teilen. Zum Erscheinen der zweiten Auflage, nachdem die Demokraten nun die Präsidentschaftswahl 2008 gewonnen haben, möchte ich dem Buch einige Gedanken über die von Obama gewählte Sprache hinzu fügen, beginnend mit dem Ausspruch, der weltweit Beachtung – und inzwischen auch Nachahmer – gefunden hat:

Yes, we can «Yes, we can«. Es sind nur drei Wörter, aber es sind Worte, die für eine ganze Weltsicht stehen. Mit seiner »Wir«-Rhetorik hebt sich Obama nicht nur im Vorwahlkampf gegen Hillary Clinton ab, sondern im Präsidentschaftswahlkampf auch gegen den republikanischen Kandidaten John McCain. Was ist so besonders an den drei Worten »Ja, wir können«? Indem unser Gehirn ihre Bedeutung

errechnet, wird ein kognitiver Frame erweckt, der folgende Ideen beinhaltet:

- Es gibt ein Ziel, das man erreichen will und kann, und zwar gemeinsam – nicht einer stellvertretend für die anderen, sondern in Kooperation.
- Um zu kooperieren, braucht der Mensch Empathie, nämlich die Fähigkeit, sich in andere hineinzusetzen.
- Wer kooperieren will, muss andere akzeptieren und Unterschiede respektieren. Also konzentriert man sich nicht auf Gegensätze, sondern auf solche Werte und Ideen – und eben politischen Ziele –, die man teilt.
- Der Frame beinhaltet Konzepte von systemischer Politik und politischen Prozessen, die bei den Menschen beginnen – jedem einzelnen Wähler, den »Grassroot«-Organisationen, den Bloggern.

All diese Ideen werden im Gehirn aktiviert, indem es die Bedeutung der Worte »Ja, wir können« errechnet. Es sind Ideen, die mit Werten zu tun haben: Empathie, Gemeinschaft und gegenseitiger Verantwortung. Wo die McCain-Kampagne spaltete und polarisierte, baute die Obama-Kampagne auf miteinander geteilte Werte und gemeinsame Ziele. Das Empathie-Defizit Am Martin Luther King Jr. Day im Januar 2008 hält Barack Obama eine Rede, in der er von einem »essentiellen Defizit« seines Landes spricht: »Ich spreche nicht von dem Budget-Defizit. Ich spreche nicht von dem Handels-Defizit. Ich spreche von dem moralischen Defizit in diesem Land. Ich spreche von einem Empathie-Defizit in diesem Land. Die Unfähigkeit, uns selbst in unserem Gegenüber zu erkennen. [...] Wir haben ein Empathie-Defizit [...], wenn die Farbe eurer Haut noch immer über den Inhalt eurer Bildung entscheidet. Wir haben ein Defizit, wenn Vorstandsvorsitzende in zehn Minuten mehr Geld verdienen als ein regulärer Arbeiter in einem ganzen Jahr. [...] Wir haben ein Defizit [...], wenn Unschuldige in den Wüsten von Darfur abgeschlachtet werden. Wenn junge Amerikaner Dienst nach Dienst nach Dienst [...] in einem Krieg ableisten, der nie hätte autorisiert werden dürfen [...]. Wir haben ein Empathie-Defizit in diesem Land, das geschlossen werden muss.«

Barack Obama verbindet das moralische »Empathie-Defizit« mit Fakten der US-amerikanischen Innen- und Außenpolitik. Dieses

Defizit sei Ursache der schlechten Bildungschancen, des Rassismus und der sozialen Benachteiligung. Und dieses Defizit habe auch die humanitäre Katastrophe in Darfur mitbedingt, ebenso das Leid der US-Soldaten im Irak-Krieg. Er stellt eine Verbindung her zwischen Empathie als zentralem Wert progressiver Politik, der sich daraus ergebenden gegenseitigen Verantwortung und schließlich den einzelnen politischen Fakten und Entscheidungen. Indem unser Gehirn die Idee »Empathie« errechnet, wird sein emotionales Zentrum neuronal aktiv: Was es bedeutet, Empathie zu empfinden, »begreift« unser Gehirn auch, indem es die Gefühle, die uns zu Empathie befähigen, neuronal simuliert. Obamas Publikum hört also nicht nur das Wort »Empathie«, es fühlt Empathie – und bringt dieses Gefühl mit der Politik des Landes in Verbindung. Dieser für seine progressive Politik zentrale Wert liegt auch Obamas Vorstellung von Patriotismus zugrunde. In einem CNN-Interview zu dem Vorwurf seiner Gegner, er sei unpatriotisch, erklärte er, Patriotismus bedeute für ihn «Caring about each other», sich für einander interessieren, sich für einander verantwortlich fühlen, sich um einander kümmern. Eine progressive Interpretation dessen, was es heißt, ein Patriot zu sein. Barack Obama hat verstanden, dass politische Identifikation nicht im luftleeren Raum, sondern über unser Gehirn stattfindet – jenem fantastischen und höchst komplexen Apparat, der unsere Ideen und Emotionen reguliert und der bestimmt, wie wir die Welt begreifen. In Obama fanden die Republikaner im Wahljahr 2008 einen politischen Gegner, der nach Jahren konservativer Werte-Rhetorik eine eigene, kontrastierende Weltsicht kommunizierte: die eines progressiven US-Politikers mit den zentralen Werten »Empathie« und »gegenseitige Verantwortung«. Obama hat gezeigt: Politische Sprache ist keine Verzierung von Inhalten und Programmen. Politische Sprache ist Politik. Sie führt zu gemeinsamem politischen Denken und Handeln und in letzter Konsequenz auch zur politischen Mehrheit und damit der Ermächtigung zum Regieren innerhalb einer Demokratie. Auch im deutschen Wahljahr 2009 wird Eines entscheidend sein: die Fähigkeit, sich die eigenen politischen Werte bewusst zu machen und die richtigen Worte für sie zu finden. Keine Beziehung zwischen Parteien und Wählern ist intimer und gewichtiger als diejenige, die – von Gehirn zu Gehirn – über Sprache hergestellt wird.

*Elisabeth Wehling
Berkeley, im Januar 2009*